



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/05/israel-amnesty-legal-action-stop-nso-group-web-of-surveillance/>

NEWS

13. Mai 2019, 00:01 UTC

ISRAEL:

Amnesty International beteiligt sich an rechtlichen Schritten, um Überwachungsnetz der NSO-Gruppe zu stoppen

[Amnesty International unterstützt derzeit](#) eine Klage gegen das israelische Verteidigungsministerium (MoD / Ministry of Defense), um dieses vor Gericht zum Widerruf der Exportlizenz für die NSO-Gruppe zu bewegen. Die NSO-Gruppe ist eine israelische Firma, deren Spionage-Produkte weltweit für abschreckende Übergriffe auf Menschenrechtsverteidiger genutzt werden.

In einem Rechtsersuchen, das am 14. Mai 2019 beim Bezirksgerichtshof von Tel Aviv eingereicht werden soll, legen etwa 30 Mitglieder und Unterstützer der israelischen Sektion von Amnesty International und anderer Gruppen der Menschenrechtsgemeinde dar, wie das MoD Menschenrechte dadurch in Gefahr bringt, dass es der NSO-Gruppe erlaubt, ihre Produkte weiter ins Ausland zu verkaufen.

Im August 2018 wurde ein Mitglied der Belegschaft von Amnesty Ziel eines Angriffs mit der NSO-Software PEGASUS, die massiv in die Privatsphäre eingreift und die auch mit Übergriffen auf Aktivisten und Journalisten in Saudi-Arabien, Mexiko und den Vereinigten Arabischen Emiraten in Verbindung gebracht wird.

„Die NSO-Gruppe verkauft ihre Produkte an Regierungen, die für abscheuliche Menschenrechtsverletzungen bekannt sind, und gibt diesen ein Werkzeug an die Hand, mit dem Aktivisten und Kritiker überwacht werden können. Der Angriff auf Amnesty International hat das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht,“ sagte Danna Ingleton, die stellvertretende Leiterin von Amnesty Tech, die eine tragende Zeugenaussage für das Verfahren abgegeben hat.

„Das israelische Verteidigungsministerium (MoD) ignoriert die sich häufenden Beweise für eine Verbindung zwischen der NSO-Gruppe und den Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger, deshalb unterstützen wir diesen Fall. Solange Produkte wie PEGASUS unkontrolliert und ohne Aufsicht vermarktet werden, sind die Rechte und die Sicherheit der Mitarbeiter von Amnesty International und anderer Aktivisten, Journalisten und Dissidenten auf der ganzen Welt in Gefahr.“

Das Gerichtsverfahren wird von Amnesty International im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit dem Bernstein Institut für Menschenrechte und der studentische Rechtsberatung der School of Law der Universität New York (NYU) unterstützt. Das Projekt hat sich Gerechtigkeit für Menschenrechtsverteidiger zur Aufgabe gemacht, denen eine Schadsoftware untergeschoben wurde. Margaret Satterthwaite, die Leiterin der Fakultät, erklärte:

„Anhand der internationalen Menschenrechtsnormen sind Übergriffe auf Menschenrechtsverteidiger wegen ihrer Arbeit unter Zuhilfenahme digitaler Überwachungswerkzeuge nicht erlaubt. Wenn wir nicht für eine stärkere und effektivere juristische Überprüfung sorgen, wird die Spionage-Software-Industrie Regierungen auch weiterhin ermöglichen, die Rechte auf Privatsphäre, Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung mit Füßen zu treten.“

„Die israelische Regierung muss die Ausfuhrlizenz der NSO-Gruppe widerrufen und verhindern, dass die Firma von staatlich betriebenen Repressionen profitiert.“

EIN WELTWEITES ÜBERWACHUNGSNETZ

Amnesty Internationals Nachforschungen konnten dokumentieren, dass die PEGASUS Spionagesoftware der NSO-Gruppe dazu benutzt wurde, weite Teile der Zivilgesellschaft ins Visier zu nehmen, darunter [mindestens 24](#) Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Parlamentarier in Mexiko sowie ein [Mitglied der Belegschaft von Amnesty International](#), die saudischen Aktivisten [Omar Abdulaziz](#), [Yahya Assiri](#), und [Ghanem Al-Masarir](#), den preisgekrönten emiratischen Kampagnenführer [Ahmed Mansoor](#) und - mutmaßlich – auch den ermordeten saudischen Dissidenten [Jamal Khashoggi](#).

Im August 2018 erhielt ein Mitglied der Belegschaft von Amnesty International eine Nachricht, die einen Link enthielt, der sich angeblich auf eine Protestveranstaltung vor der saudischen Botschaft in Washington bezog. Die Nachricht war zu einem Zeitpunkt versendet worden, als Amnesty International eine Kampagne für die Freilassung saudisch-arabischer Menschenrechtsaktivistinnen durchführte. Durch einen Klick auf diesen Link wäre insgeheim die Pegasus Spionage-Software auf dem Gerät installiert und dem Absender erlaubt worden, eine nahezu vollständig Kontrolle über das Telefon zu erlangen.

SICHERHEITSMECHNISMEN DER NSO-GRUPPE “NICHT EFFEKTIV”

Die NSO-Gruppe behauptet, sie helfe Regierungen bei der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung. Den sich häufenden Beweisen, die ihre Produkte mit der rechtswidrigen Überwachung von Menschenrechtsverteidigern in Verbindung bringen, hat die NSO-Gruppe indes nichts entgegenzusetzen. Die Firma [behauptet](#) zwar, vor dem Verkauf ihrer Produkte rigorose Überprüfungen ihrer Käufer durchzuführen, im Detail belegen kann sie das aber nicht. Zudem scheinen die genannten Überprüfungen – angesichts der hohen Zahl von Übergriffen auf die Privatsphäre zivilgesellschaftlicher Akteure – in vielen Fällen wirkungslos zu sein.

Immer wieder hat die NSO-Gruppe jeden Zusammenhang mit ihrer Software bestritten, gleichzeitig aber auf die Berichte über die missbräuchliche Nutzung ihrer PEGASUS Spionage-Plattform zur Überwachung von

Menschenrechtsverteidigern in keiner Weise glaubhaft reagiert. Ebenso wenig übernimmt sie die Verantwortung für diese vielfach berichteten Fälle des Missbrauchs ihrer Überwachungstechnologien oder sorgt für Abhilfe. Abgesehen von wenigen verdeckten Hinweisen auf die Existenz einer Ethik-Kommission in seinem Hause gibt [das Unternehmen](#) auch keine Informationen über seine Verfahren zur Einhaltung der Sorgfaltspflicht preis. So bleibt weiter unklar, welche Faktoren für die Überprüfungen herangezogen werden, die vor dem Verkauf eines Produktes wie Pegasus, das von seiner Eigenart und Aufgabe her in die Privatsphäre von Zielpersonen eingreift, angeblich erfolgen.

Ohne einen wirksamen Aufsichtsmechanismus, der auf dem Regeln zum Verkauf von kommerzieller Spionage-Software beruht, die dem Zweck angemessen sind, und mangels geeigneter Schritte der NSO-Gruppe, die eine missbräuchliche Nutzung ihrer Technologien verhindern, entschärfen und dieser insgesamt Abhilfe schaffen würden, bleiben zivilgesellschaftliche Akteure auch weiterhin ein leichtes Ziel rechtswidriger Überwachungsmaßnahmen, die ihnen nur deswegen zuteil werden, weil sie die Menschenrechte in Anspruch nehmen, die ihnen zustehen.

„Es ist an der Zeit, den Einsatz der Produkte der NSO-Gruppe zu stoppen, mit denen die Zivilgesellschaft infiltriert, eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht werden soll. Wir sind fest entschlossen, die NSO-Gruppe wegen ihrer Rolle bei Übergriffen auf Menschenrechtsverteidiger zur Rechenschaft zu ziehen,“ sagte Danna Ingleton.

HINTERGRUND

Um die über oben ausgeführten Probleme zu sprechen, setzte sich Amnesty International Ende 2018 mit der NSO-Gruppe in Verbindung. Hier im Folgenden findet sich die vollständige Stellungnahme des Unternehmens:

„Die NSO-Gruppe entwickelt Cyber-Technologie, um es Regierungsstellen zu ermöglichen, terroristische und kriminelle Anschläge als solche zu identifizieren und sie zu vereiteln. Unser Produkt sollte seiner Bestimmung nach ausschließlich für die Untersuchung und Verhinderung von kriminellen und terroristischen Handlungen eingesetzt werden. Jede Anwendung unserer Technologie, die diesem Zweck widerspricht, ist eine Verletzung unserer Richtlinien, unserer vertraglichen und rechtsverbindlichen Vereinbarungen und der Werte, für die wir als Unternehmen stehen. Sollte ein Vorwurf über eine Verletzung unserer Verträge oder einer unsachgemäßen Anwendung unserer Technologie auftreten, so wie Amnesty es nahelegt, dann gehen wir der Sache nach und ergreifen, auf Grundlage der daraus folgenden Erkenntnisse, geeignete Schritte. Sachdienliche Informationen, die uns bei weiteren Ermittlungen in dieser Angelegenheit unterstützen können, nehmen wir gerne entgegen.“

ANMERKUNGEN

Mitteilungen aus den Beratungsstellen und –zentren der NYU School of Law sind in keiner Weise angedacht, die offizielle Haltung der NYU School of Law zu repräsentieren, sondern erscheinen vollkommen unabhängig.

Für Informationen über die Arbeit von Amnesty International zu Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Regierung im Kontext der Besetzung besuchen Sie bitte die [Webseite des Internationalen Sekretariats zu Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten](#) (Englisch) oder die entsprechende Länderseite der deutschen Sektion unter [Israel und besetzte Gebiete @amnesty.de](#)

In konkretem Bezug auf den hier behandelten Sachverhalt, siehe außerdem:

- [Amnesty International Among Targets of NSO-powered Campaign](#) (englisch)
oder auf Deutsch unter [Amnesty International eines der Angriffsziele NSO-gestützter Kampagne](#)
- [Amnesty International affidavit in support of Israeli petition](#) (englisch)
oder auf Anfrage per Email auf Deutsch an ai2415@gmx.de unter Eidesstattliche Versicherung von Amnesty International im Wortlaut (deutsch) – verbindlich bleibt hier jedoch das englische Original.